

Taunus-Zeitung.

Offizielles Organ der Behörden des Amtsgerichtsbezirks Königstein.

Kelheimer- und
Hornauer Anzeiger

Nassauische Schweiz • Anzeiger für Ehlhalten,
Eppenhain, Glashütten, Ruppertshain, Schloßborn

Falkensteiner Anzeiger
Fischbacher Anzeiger

Erscheint am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 2 Mark, monatlich 70 Pfennig. Anzeigen: Die 50 mm breite Petitzeile 20 Pfennig für amtliche und auswärtige Anzeigen, 15 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 85 mm breite Reklame-Petitzeile im Textteil 50 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Adressennachweis und Anzeigengebühr 20 Pfennig. Ganze, halbe, dritte und viertel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unmerklicher Anzeigen in

Samstag

5

Januar

kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachschub. Jede Nachschubbewilligung wird hinfällig bei gerichtlicher Zurückweisung der Anzeigengebühren. — Einfache Beilagen: Laufend 6.50 Mark. Anzeigen-Aufnahme: Größere Anzeigen müssen am Tage vor, kleinere bis 1/10 Uhr vormittags an den Erscheinungstagen in der Geschäftsstelle eingebracht sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird zunächst berücksichtigt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 3 · 1918

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:
Ph. Alendbühl Königstein im Taunus.
Postfachkonto: Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.
Telefonnummer 44.

42. Jahrgang

Stockung der Friedensverhandlungen.

In den Friedensverhandlungen zwischen Rußland und den Mittelmächten ist eine Stockung eingetreten. Die russischen Unterhändler sind in Brest-Litowsk nicht erschienen, haben vielmehr, wie schon früher in den Unterhandlungen selbst, vorgeschlagen, daß die Verhandlungen von Brest-Litowsk weggelassen und an einem neutralen Ort, etwa in Stockholm, fortgesetzt werden möchten. Ferner ist von Petersburg mitgeteilt worden, die russische Regierung könne die Artikel 1 und 2 der deutschen Gegenvorschläge zu den russischen Vorschlägen über die Räumung der besetzten Gebiete und die Veranstaltung von Volksabstimmungen nicht annehmen. Die Nachricht, die der Reichskanzler heute im Hauptausschuß des Reichstages mitteilte, kommt der deutschen Öffentlichkeit einigermaßen überraschend.

Wichtiger als diese verhältnismäßig untergeordnete Differenz erscheint die andere, den Inhalt der Verhandlungen selbst betreffende, die bereits vor der Vertagung hervorgetreten ist. Damals hatte die russische Regierung vorgeschlagen, daß beide Teile nach Friedensschluß ihre Truppen aus den besetzten Gebieten zurückziehen und daß die Bevölkerungen dieser Gebiete durch eine völlig freie Volksabstimmung binnen kürzester Frist entscheiden sollten, ob sie dem einen oder anderen Reiche angehören oder völlig selbstständig bleiben wollen. Vorher sollen diese Gebiete von Truppen völlig geräumt sein und Milizen die Ordnung aufrecht erhalten. Der deutsche Gegenvorschlag verlangt, daß die russische Regierung von den Beschlüssen Kenntnis nimmt, in denen der Volkswille ausgedrückt ist für Polen, Litauen, Aurland sowie Teile von Livland und Estland die volle staatliche Selbstständigkeit in Anspruch zu nehmen und aus dem russischen Reichsverbande auszuscheiden. Es handelt sich hierbei, was Aurland und Litauen betrifft, um die Beschlüsse der auf Grund der alten Provinzialordnungen gebildeten Landesversammlungen. Diese haben sich für die staatliche Selbstständigkeit dieser Gebiete erklärt. Daß Polen das gleiche verlangt, wird durch die Vorgänge der letzten zwei Jahre hinreichend deutlich bewiesen. Nach dem deutschen Vorschlag hätte die russische Regierung anzuerkennen, daß diese Rundgebungen unter den gegenwärtigen Verhältnissen als Ausdruck des Volkswillens anzusehen sind und sich bereit zu erklären, die hieraus sich ergebenden Folgerungen zu ziehen. Entsprechend der russischen Auffassung sollen aber diese Erklärungen nach dem deutschen Vorschlage später „durch ein Volksvotum auf breiter Grundlage, bei dem irgend ein militärischer Druck in jeder Weise auszuschalten ist“, bekräftigt werden. Die Einzelheiten einer solchen Abstimmung soll eine besondere Kommission feststellen. Ueber die Frage der Zurückziehung der Truppen aus den besetzten Gebieten wird nur gesagt, daß sie nicht nach den Bestimmungen des vorhergehenden Artikels d. h. nicht sofort nach dem Friedensschlusse erfolgen kann. Die russischen Delegierten haben ihren Standpunkt festgehalten, eine sofortige völlig freie Abstimmung und die sofortige Zurückziehung der Truppen aus den besetzten Gebieten verlangt, und jetzt hat die russische Erklärung erneut von Petersburg aus erklärt, daß sie auf die deutschen Vorschläge nicht eingehen kann.

Deutschland hat sich zu dem Grundsatz des Verständigungs-friedens bereit erklärt. Wir sind der Ansicht, daß es auch jetzt daran festhalten muß. Aber wir können nicht finden, daß nicht auf dem Wege der Verständigung zwischen den beiden Standpunkten eine Vermittlung gefunden werden könnte. Deutschland mutet Rußland nichts zu, wozu seine Regierung nicht grundsätzlich bereit wäre. Ueber die Voraussetzungen, unter denen Rußland bereit wäre, die genannten Gebiete zu räumen, wird man sich einigen können. Nur muß man den Willen zur Verständigung und zum Ausgleich haben. Deutschland hat ihn sicherlich noch. Einstweilen muß man annehmen, daß er auch bei der russischen Regierung noch besteht — falls nicht etwa ihre Entschlüsse sich vollständig geändert haben. So möchten wir glauben, daß es sich wirklich nur um eine vorübergehende Stockung handelt und daß, entgegen den Erwartungen derer, denen ein Friede keine Freude machen würde, doch der Wille zur Verständigung sich bald wieder durchsetzen wird.

Die Beratungen des Hauptausschusses.

Berlin, 4. Jan. (W. B.) Der Hauptausschuß des Reichstages trat heute vormittag 10 Uhr zu einer neuen Beratung zusammen. Als erster Redner sprach Abgeordneter Graf Westarp über die

Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk.

Im Anschluß an seine Ausführungen ergriff Reichskanzler Dr. Graf von Hertling das Wort zu folgenden Erklärungen: Der Herr Vorredner hatte die Güte, an das zu erinnern, was ich gestern am Schluß meiner kurzen einleitenden Worte sagte, daß, was gestern galt, vielleicht heute nicht mehr gelten würde, und daß wir immer mit der Möglichkeit von Zwischenfällen zu rechnen hätten. Ein solcher Zwischenfall scheint eingetreten zu sein. Schon früher hatte wiederholt während der Verhandlungen die russische Regierung den Wunsch ausgesprochen, daß die Verhandlungen von Brest-Litowsk verlegt und an einem neutralen Orte, etwa in Stockholm fortgesetzt werden möchten. Jetzt ist dieser Vorschlag ausdrücklich gemacht worden. Die russische Regierung schlägt die Verlegung der Verhandlungen von Brest-Litowsk nach Stockholm vor. Ganz abgesehen davon, daß wir nicht in der Lage sind, uns von den Russen vorschreiben zu lassen, wo wir die Verhandlungen weiterführen sollen, darf ich darauf hinweisen, daß die Verlegung nach Stockholm zu außerordentlich großen Schwierigkeiten führen würde. Ich will nur die Schwierigkeit anführen, daß die direkte Verbindung, die die verhandelnden Delegationen mit ihren Hauptstädten Berlin, Wien, Sofia, Konstantinopel und Petersburg haben müssen, — die direkten Verbindungen, die in Brest-Litowsk angelegt worden sind, funktionieren gut — in Stockholm auf die größten Schwierigkeiten stoßen würde. Schon dieser eine Punkt führt dazu, daß wir nicht darauf eingehen können. Dazu kommt, daß die Nachrichten der Entente, Mißtrauen zu sein zwischen der russischen Regierung, ihren Vertretern und uns dort neuen Boden gewinnen würden. Ich habe daher den Staatssekretär von Rüchmann beauftragt, diesen Vorschlag abzulehnen. (Bravo.) Inzwischen sind in Brest-Litowsk die Vertreter der Ukraine eingetroffen und zwar nicht nur als Sachverständige, sondern mit Vollmachten zu Verhandlungen ausgestattet. Wir werden ganz ruhig mit den Vertretern der Ukraine weiter verhandeln. Ich füge noch hinzu, daß von Petersburg mitgeteilt worden ist, die russische Regierung könne auf Punkt 1 und 2 unserer Vorschläge nicht eingehen. Diese beiden Punkte beziehen sich auf die Modalitäten der Räumung der Gebiete und die Vornahme von Volksabstimmungen. In der russischen Presse wird uns insinuiert, daß in diesen Punkten 1 und 2 ausgedrückt sei, wie wir uns in illoyaler Weise unserer Zusage betreffend das Selbstbestimmungsrecht der Völker entziehen wollen. Ich muß diese Insinuation zurückweisen. Punkt 1 und 2 sind lediglich durch praktische Erwägungen bestimmt. Wir können davon nicht abgehen. Ich glaube, meine Herren, wir können getrost abwarten, wie dieser Zwischenfall weiter verlaufen wird. Wir stützen uns auf unsere Nachstellung, auf unsere lokale Stimmung und auf unser gutes Recht. (Lebhaftes Bravo.) — Der Ausschluß vertagte sich nach diesen Erklärungen, um den Fraktionen Gelegenheit zu bieten, zunächst unter sich die Situation zu beraten.

Zu der Erklärung des Reichskanzlers haben die verschiedenen Fraktionen noch nicht Stellung genommen, denn die Verhandlungen des Hauptausschusses wurden zunächst bis Samstag vertagt, um den einzelnen Fraktionen Gelegenheit zu Beratungen zu geben. Es finden auch natürlich über den Rahmen der Fraktionsitzungen hinaus Besprechungen statt. Eine klare Stellungnahme der einzelnen Parteien liegt bis zur Stunde noch nicht vor. Aber aus nationalliberalen und aus Zentrumskreisen verlautet, daß sich sowohl die nationalliberale Fraktion wie die Fraktion des Zentrums hinter die Erklärung des Reichskanzlers stellen werden. Dasselbe gilt von der fortschrittlichen Volkspartei. Sowohl das Zentrum wie die fortschrittliche Volkspartei sehen in der Erklärung des Reichskanzlers kein Abweichen von unserer bisherigen Friedensbasis, die auf der Friedensresolution vom 19. Juli und auf den Erklärungen beruht, die unsere Unterhändler in Brest-Litowsk abgegeben haben. Welche Stellungnahme die alte sozialdemokratische Fraktion einnehmen wird, darüber sind Beschlüsse noch nicht gefaßt. Bekannt ist, daß die Sozialdemokraten das Selbstbestimmungsrecht in der reinsten Form zur Anwendung bringen wollen, und daß ihr Bestreben dahin geht, jeden Schein zu vermeiden, der den Verteidigungskrieg in einen verdeckten Eroberungskrieg verwandeln könnte. Da sich die bisherige Stellungnahme unserer Friedensunterhändler den Wünschen der Reichstagsmehrheit entsprechend gestaltet hat, ist es gegeben, daß sich auch die interfraktionelle Konferenz mit dem Zwischenfall beschäftigt und prüft, ob die Mehrheitsparteien weiterhin geschlossen wie bisher zu der neu geschaffenen Situation Stellung nehmen können.

Die Berliner Presse.

In den Abendblättern wird der Zwischenfall mit Ruhe und Sachlichkeit behandelt.

Anerkennung der Bolschewiki-Regierung durch die Entente?

Haag, 4. Jan. Reuter meldet aus London: „Daily Chronicle“ und „Daily News“ fordern, daß die Alliierten die russische Regierung anerkennen. „Daily Chronicle“ meldet weiter: Wie verlautet, ist es möglich, daß die Westmächte infolge des Verlaufs der Verhandlungen zwischen Rußland und den Zentralmächten die Regierung Lenins dennoch tatsächlich anerkennen werden. Demnach wird eine Darlegung der Politik der Alliierten in demokratischem Sinne abgefaßt werden. Es ist möglich, daß auch der neue russische Vorschlag in London, Litauen, anerkannt wird. Der englische Botschafter Buchanan wird durch einen Diplomaten ersetzt werden, der mit dem Ideengang des revolutionären Rußlands übereinstimmt. Die „Times“ erklärt, Buchanan habe Urlaub erhalten, weil seine Gesundheit erschüttert sei. Es sei unwahrscheinlich, daß jetzt bereits ein Nachfolger ernannt werde. Wenn jedoch die Ereignisse in Petersburg es wünschenswert erscheinen ließen, die Botschaft in Petersburg aufrecht zu erhalten, so werde sie unter Leitung eines Geschäftsträgers gestellt werden.

Die Teilnahme Polens.

Berlin, 4. Jan. Zu dem Wunsche der polnischen Regierung, an den Friedensverhandlungen teilzunehmen, wird gemeldet, daß es den Polen ermöglicht werden soll, zu den Beratungen von Sonderfragen bei den Friedensverhandlungen von Fall zu Fall je nach dem Gang der Verhandlungen Sachverständige zu schicken.

Der Luftkrieg.

Fliegerangriffe auf badiische Städte.

Karlsruhe, 4. Jan. (W. B.) Beabsichtigte Fliegerangriffe in der vergangenen Nacht auf Mannheim, Rastatt und Freiburg scheiterten in unserer Abwehrfeuer. Einige abgeworfene Bomben verursachten keinen oder ganz unbedeutenden Schaden. Ein feindliches Flugzeug stürzte südlich von Mannheim-Ludwigshafen brennend ab. Die Insassen sind tot.

Die englische Niederlage bei Cambrai.

Berlin, 4. Jan. (W. B.) Infolge der englischen Niederlage bei Cambrai sind, nachdem der erste englische Anfangserfolg auf dem dortigen Schlachtfelde vorzeitig in London unter Glockengeläute und in den Reden des Lord Georges als größter Sieg des Jahres gefeiert wurde, nunmehr sechs englische Generale und eine große Anzahl englischer Generalstabsoffiziere abgesetzt worden.

Wiener Generalstabsbericht vom 4. Jan.

Wien, 4. Jan. (W. B.) Amtlich wird verlautbart:

Schlicher Kriegsschauplatz.

Waffenstillstand.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Keine Ereignisse von Bedeutung.

Der Chef des Generalstabes.

Kleine Kriegsnachrichten.

Berlin, 4. Jan. (W. B.) Generalfeldmarschall von Hindenburg ist am 2. Januar, General Ludendorff am 4. Januar abends von Berlin in das Große Hauptquartier zurückgekehrt.

